

Aufstehen statt Untergehen in Sumpf und Dreck

In Weihnachts- und Neujahrsansprachen aller möglicher Politiker wurde noch der große Zusammenhalt in der Gesellschaft bezüglich der Flüchtlinge gelobt. Von Herrn Zetsche, über Frau Merkel, Bundeswehr-Soldaten bis hin zu den ehrenamtlichen Helfern, alle würden sie an einem Strang ziehen. Nur haben auch alle dieselben Ziele? Machen das alle aus reiner Nächstenliebe?

Nein! Der vorgegaukelte Humanismus von Merkel, Zetsche, Quandts und Co. hat nichts mit der Solidarität der Arbeiter zu tun. Das war aber schon vor dem jüngsten Umschwung klar. Diesen Herren und Damen geht es nicht darum Menschen zu helfen. Sie sehen in den Flüchtlingen vor allem ein großes Reservoir an billigen Arbeitskräften. Nach dem Motto, die guten ins Kröpfchen, die schlechten ins Töpfchen wird das Asyl-Recht umgeschrieben oder besser gesagt faktisch abgeschafft und damit ein Grundpfeiler der Nachkriegsdemokratie der BRD und des internationalen Menschenrechts.

Nicht zufällig führt neuerdings der Chef der Bundesagentur für Arbeit und Reserveoffizier, Herr Weise auch das Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge. Der Datenschutz wurde für die Flüchtlinge eingeschränkt, so dass ihre Daten direkt an die Arbeitsagentur weitergeleitet werden.



Dort kann dann mit deutscher Gründlichkeit für die Wirtschaft vorsortiert werden. Eine ganze Reihe weiterer Gesetzesänderungen könnten direkt aus der Feder der Großindustriellen stammen. Bisher durften Flüchtlinge nicht als Leiharbeiter beschäftigt werden. Jetzt dürfen sie bei guter Qualifikation schon nach drei Monaten als Leiharbeiter eingesetzt werden. Wenn sie an einem anderen Ort gebraucht werden, wird auch die sonst so streng verfolgte Residenzpflicht aufgehoben. Weiterhin können Flüchtlinge zu all den Maßnahmen verpflichtet werden, die die Gesetze so hergeben, d.h. unbezahlte Praktika, 1€-Jobs, Einstiegsqualifizierung usw.. Die Bundesregierung wirbt damit, dass dafür nicht mal der Mindestlohn aufgehoben werden muss, da er hier so wie so nicht greift.

Auch ein deutscher Staatsbürger muss Arbeit annehmen, weil er sonst ins Hartz 4-System abrutscht oder, wenn er dies bereits ist, ihm die Leistungen gekürzt werden. Bei einem Flüchtling hängt die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung daran, ob er nachweisen kann, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. D.h. er muss um jeden Preis Arbeit annehmen, weil ihm sonst die Abschiebung droht – in den meisten Fällen die Abschiebung in Krieg, Verfolgung und Tod. So organisieren die Herren der Monopole zusammen mit ihrer Regierung ein Heer aus den Schwächsten der Gesellschaft zur Drückung der Löhne und Arbeitsbedingungen, zur Spaltung und Ent-

rechtung der Arbeiter und der ganzen Gesellschaft. Wer für die deutsche Wirtschaft nicht zu gebrauchen ist, soll nach deren Meinung am besten gleich abgeschoben werden. Auch dafür wurden schon die meisten Gesetze angepasst. Die Pogromstimmung, die aktuell im Zusammenhang mit der Kölner Silvesternacht geschürt wird, ist eine wie gemachte Vorlage das Asylrecht weiter auszuhebeln.

Und wir Arbeiter?

Wir sollten die Allerletzten sein, die sich dafür hergeben, im Verbund mit den Zetsches, Merkels, Gabriels, u.s.w. die Menschen einzuteilen (oder besser: zu selektieren) in „für den Profit verwertbar“ oder „wertlos“. Alles, was hier gerade an Flüchtlingen durchexerziert wird, heißt nichts anderes als: „Du bist gemeint, Malocher, Leiharbeiter, Hartz IV-Empfänger, Rentner,...“ Sie können ihre Krise, die sie verursacht haben, nicht mehr in den kapitalistischen Griff kriegen. Sie können die Kriege, die sie überall vom Zaun gebrochen haben, nicht mehr kontrollieren. Weil sie am Ende sind, absolut am Ende sind, können sie weder Arbeiterrechte, Tarifverträge, noch demokratische Rechte mehr brauchen. „Weg mit diesem Ballast auf dem Weg in die offene Diktatur“, ist die Devise der Monopole und

ihrer Politiker. Um das umzusetzen brauchen sie den Mob, der ihnen zu Diensten steht: Von der NPD, den Pegidas bis hin zur CSU. Einen Mob, der nicht nur Häuser, sondern auch Menschen und die letzten Reste der Menschlichkeit anzündet. Hatten wir das nicht schon mal?

Nein, wir Arbeiter lassen uns nicht zu Dreigroschenjungs erniedrigen.

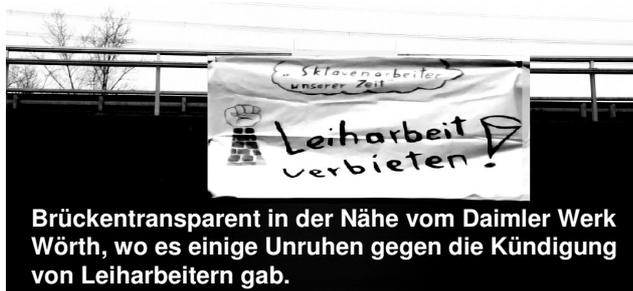


Aber es genügt auch nicht, den Kopf einzuziehen, wenn dieser Mob auf den Straßen, in der Presse (und bisweilen vereinzelt auch in den Pausenräumen) tobt. Eine deutlich sichtbare Gegenhaltung gegen diesen Sumpf und Dreck, der da täglich über unser Köpfe zu schwappen droht, muss her. Wir müssen laut und klar Stellung beziehen, auch wenn die Mehrheit schweigt. Hier muss auch unsere IGM endlich aufwachen. Vorzeigeprojekte der humanitären Hilfe, Hand in Hand mit Unternehmern und Regierung, sind nicht der Weg. Wir müssen unsere ureigensten Gegenforderungen aufstellen. Und die sind z.B.:

- Ein sofortiges stattliches Wohnungsbauprogramm zum Bau von mindestens einer Millionen bezahlbarer Wohnungen muss her!
- Sofortige Sanierung und Bau von Kindergärten, Schulen und anderer sozialer Einrichtungen!
- Sofortige Ent-Privatisierung der Gesundheits- und Pflegeversorgung, für ein kostenloses staatliches Gesundheitswesen!

Das schafft Arbeitsplätze und Existenz für Hunderttausende. „Kein Geld da“ gibt es nicht, wenn die Banken verstaatlicht werden zur Finanzierung dieser und weiterer Maßnahmen. [Fortsetzung: Nächste Seite]

Klar, mit dieser Regierung im Dienste der Monopole wird das nicht zu machen sein. Das kann nur eine Regierung „der kleinen Leute“, die sich nicht spalten lassen durch den Dreck des Rassismus, die sich nicht aufspalten lassen in Stamm- oder Leiharbeiter, in jung oder alt, in gesund oder krank. Ein „weiter so“ kann es jedenfalls nicht geben.



Leiharbeit und Werkverträge gehören verboten

Entlassungen/Abmeldungen von Leiharbeitern in der Montage und Logistik

Man mag es gar nicht glauben: Trotz Personalmangel, trotz Pool 2 im diesen Jahr, trotz DNS in Halle 93 kündigte die Werkleitung / die Verleihfirmen Duzende Leiharbeiter in der Montage und der Logistik. Kündigungsgründe von Leiharbeitskollegen waren z.B. zu langsames Arbeiten (also nicht bereit für Zwei zu arbeiten) und Fehlzeiten, weil Leiharbeiter sich krank zur Arbeit schleppen und dann, wenn nichts mehr geht, sich krankschreiben lassen müssen. Diese Zwangsarbeitsverträge, denn nichts anderes ist Leiharbeit, müssen verboten werden und jeder Versuch einer Regulierung muss aufs Schärfste bekämpft werden. Gewerkschaften, wie unsere IG Metall machen sich mit strafbar an dem Elend von Hunderttausenden Leiharbeitern und Werkverträgen. Ja, selbst die Forderung nach Mitbestimmung bei Fremdvergaben und nach Tarifverträgen für Werkverträge, bedeutet doch nur dem Elend einen Anstrich der Seriosität und Rechtmäßigkeit zu geben. Die unerträglichen Arbeitsbedingungen und Bezahlung bei der Sklavenfirma Rhenus hier im Werk zeigt doch, wie wichtig und richtig der Kampf mit den Streikaktionen im Dezember 2014 von Tausenden Kollegen hier im Werk war. Und genau das, was viele Kollegen damals schon ahnten, nämlich sehr schlechte Bezahlung, keine gewerkschaftliche Vertretung und ein Betriebsrat, der seine Aufgabe darin sieht sich vor seinen Herren Rhenus zu stellen, sind eingetreten. Für unseren Bevollmächtigten der IG Metall Volker Stahmann immerhin jetzt Anlass aufzurufen, die Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, aber nicht mit Arbeitskampfmaßnahmen, nein, das ist ja nicht gewollt, sondern mit einer Arbeitsgruppe zum Thema Werkvertrag und Tarifvertrag bei Rhenus.

Wir werden aber nicht durch Jammern und mit Stillhalten diese Umstände ändern. Wir müssen unsere Gewerkschaft wieder zu einer Kampforganisation machen, die unsere Interessen vertritt und nicht mit dem Kapital Tarifverträge abschließt, die das Elend der Leiharbeit und Werkverträge noch festschreibt.

Leiharbeiter wie Werkvertragskollegen können sich an die im Impressum genannten Betriebsräte wenden und sich mit anderen Kollegen alle 3 Wochen Samstags in der Posenerstraße 55 in Gröpelingen treffen, um mit zu diskutieren, wie wir unseren Kampf für ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträge gemeinsam organisieren.

Leserbrief

Eigentlich sollte die Abschlussfeier der Vertrauensleute DNS am 09.12.2015 ein gemütlicher Jahresausklang werden, aber was sich die VKL da geleistet hat, war unverschämt und abgebrüht. Als sich einer der neuen VK-Leiter vorgestellt hatte und wir Fragen an die besagten Person stellen konnten, stellte ich ihm die Frage, wie denn die neue VKL Spitze zu Fremdvergabe, Leiharbeit und Werkverträge steht. Hintergrund meiner Frage ist immer noch meine tiefe Enttäuschung über die Reaktion oder besser gesagt keine Reaktion der VKL/IG Metall und der Mehrheit unseres Betriebsrats, als wir am 12.12.2014 in der DNS gegen Leiharbeit, Fremdvergabe und Werkverträge einen spontanen Streik hingelegt haben und von der Werkleitung dafür abgemahnt wurden. Nach einer für mich nicht klaren Antwort des Kollegen mischte sich der VK-Leiter Ralf Wilke ein und versuchte die Diskussion schon im Ansatz zu ersticken. Ich habe trotz alledem ganz klar und deutlich gesagt, dass der Stachel immer noch sehr tief sitzt bei uns Kolleginnen und Kollegen aus der DNS, weil die VKL und IGM Führung und große Teile des Betriebsrats uns eiskalt in den Rücken gefallen sind, anstatt sich mit uns gegen diese erbärmlichen Arbeitsverhältnisse zu solidarisieren. Als dann unser VK-Leiter Ralf Wilke das Thema Firma Rhenus ansprach (diese Firma hat mit der Firma Stute die Halle 7 Logistik übernommen) und uns eventuell Anfang Januar um Unterstützung bat, um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen bei Rhenus zu kämpfen, hätte ich ihn fast zum Drogentest geschickt. Ich habe gedacht, ich habe ein Déjà-vu, denn alles was in der Kopfstütze vom Dezember 2015 über Rhenus geschrieben steht, ist genau das, was wir seit Jahren anprangern und seit Jahren bekämpfen. Da frage ich mich ernsthaft, haben die Betonköpfe denn immer noch nicht kapiert, dass wir alle drei Schichten genau gegen diese prekären Arbeitsverhältnisse gekämpft haben. Und bis heute immer noch unfassbar für mich, dass sich unser erster Bevollmächtigter der IGM Bremen, Volker Stahmann auf der Betriebsversammlung am 09.12.2014 vor den Herren der Werkleitung dahingehend äußert, dass Protestaktionen von uns Kolleginnen und Kollegen gegen Fremdvergabe, Leiharbeit und Werkverträge nichts bringen, nicht heute, nicht morgen und auch nicht in Zukunft. Da war ihm natürlich der Applaus der Werkleitung sicher, aber dies war für jede Kollegin und für jeden Kollegen ein Tritt in den Arsch, so etwas von der IGM zu hören. Und jetzt kommt die VKL aus dem Schrank und fordert uns auf, gegen diesen hausgemachten Mist, auf die Straße zu gehen. Aber kämpfen sollen wir nicht gegen die Fremdvergabe und Werkverträge, nein kämpfen sollen wir jetzt für eine Regulierung dieser menschenverachtenden Arbeitsverhältnisse. Jetzt hat wohl auch der letzte Funktionär gemerkt, dass man den Karren (Leiharbeit und Werkverträge) nicht mehr alleine aus dem Dreck bekommt, sondern auf die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen angewiesen ist. Aber wieder einmal nur halbherzig, denn auch regulierte Leiharbeit und Werkverträge bleiben Sklavenarbeitsverhältnisse und gehören verboten. Ich bin der Meinung, hier muss sich ein Volker Stahmann und andere Verantwortliche der VKL mal ernsthaft fragen, ob sie ihrer Aufgabe und Verantwortung gegenüber der Belegschaft und ihren Mitgliedern in Bremen noch gewachsen sind.

03.01.2015, Thomas Langenbach (Vertrauensmann H8)

Betriebsratsfreie Zone Alnatura

Kaffee, der fair gehandelt wird, Biobrot von echter Handarbeit, frisches und chemikalienfreies Obst & Gemüse von besten Feldern. Aber eine Mitarbeiterpolitik wie bei Schlemmer, Aldi, Penny usw.

Es geht um Alnatura. Eine große BioMarkt Kette.

Im Geschäftsjahr 2013/14 erwirtschaftete das Unternehmen 689 Mio Euro. Netto! Es existieren knapp 100 Filialen in ganz Deutschland. Tendenz steigend. Seit neuestem ist Edeka ein neuer Partner und auch in der Schweiz vertreibt Alnatura ihre Produkte. **Lediglich in Freiburg, in einer einzigen Filiale, gibt es einen Betriebsrat.**

Wir, in der Filiale in Bremen in der Faulenstraße, wollen einen Betriebsrat. Diesbezüglich wurde eine Einladung zu einer Wahlversammlung in der Filiale verteilt. Nur drei Tage später, am 21. Okt. 2015, haben Vorgesetzte über die Idee einer Betriebsratswahl ihren Unmut geäußert. Es erschienen gleich drei. Sie baten jeden einzelnen Mitarbeiter zum persönlichen Einzelgespräch. Am 22. Okt. 2015 fand die Wahlversammlung statt. Von 5 – 6 Mitarbeitern wurde richtig Stimmung gemacht: gegen die Wahl. Vor allem die Führung hat sich richtig amüsiert, haben aus der Wahlversammlung eine Zirkusveranstaltung gemacht. Es schien als würden sie sich köstlich amüsieren. Der Gebietsleiter, seines Zeichens leitender Angestellter, lungerte die ganze Zeit vor der Filiale herum. Angeblich hat er sich ganz zwanglos mit einigen wenigen unterhalten. Bis um 22:30Uhr. Schon vor der Wahl hielt er sich innerhalb der Filiale auf. Um die Filiale um 18:00Uhr zu schließen wurde eine kleine Info für die Kunden, mit folgendem Wortlaut, ausgehängt: Wegen einer technischen Störung müssen wir die Filiale um 18:00Uhr schließen. Nachdem die Kandidaten fest standen und die Wahlzettel gedruckt waren, hat die Filialeitung, ihres Zeichens nur Mitarbeiterin mit ein paar Extravollmachten, aus heiterem Himmel noch drei Kandidaten nominiert. Rein zufällig, nach einer kleinen Raucherpause, in der sich der Gebietsleiter mit einem Schichtleiter unterhalten hat. Ganz harmlos natürlich ... Dadurch ist kein Wahlvorstand zustande gekommen: Die Wahl wurde durch taktische Spielchen verhindert.

Laut Alnatura haben sich die meisten Mitarbeiter gegen einen Betriebsrat entschieden. Aber im Gegenteil: ca. ¾ aller Kollegen wollen einen Betriebsrat. Laut Alnatura stehe man dem Wunsch zur Wahl eines Betriebsrates nicht im Wege. Die Realität sieht anders aus: der Umgangston ist deutlich rauer geworden. Schon vor dem Wahlabend sind Mitarbeiter versetzt oder gar entlassen worden. Mit unfairen Mitteln. Es wird dafür gesorgt, dass Mitarbeiter andere Kollegen ausspionieren. Jede kleine Verfehlung wird direkt dem Gebietsleiter gemeldet worauf ganz schnell eine schriftliche Abmahnung erteilt werden kann. **Das und noch vieles mehr bestärkt uns in unserem Vorhaben.**

Die Angelegenheit liegt mittlerweile beim Bremer Arbeitsgericht. Ferner wird geprüft, ob und in welchem Ausmaß der Gebietsleiter die Wahl beeinflusst hat. Wie schon erwähnt ist Alnatura in der Öffentlichkeit auf Kuschelkurs. Hinter den Kulissen läuft es alles andere als fair ab.

Wir Mitarbeiter sind für jedwede Solidarität und Unterstützung aus anderen Betrieben sehr dankbar!!!

Nach der gescheiterten Güteverhandlung findet das Verfahren nun bereits am **3. Februar, um 10.30 Uhr** vor dem Bremer Arbeitsgericht (Am Wall 198) statt. **Kommt zahlreich!**

2.781,04 Euro für das Streikrecht

Ein stolzes Ergebnis für die wenigen Stunden, in denen wir vor den Toren des Werkes für den Kampffonds gesammelt haben. Mit dem Kampffonds sollen die Verfahrenskosten für die Kläger gegen die Abmahnungen und für das Streikrecht für die Kollegen abgesichert werden, die keinen Rechtsschutz haben. Noch immer weigert sich die IG Metall ja, den Rechtsschutz für ihre Mitglieder zu übernehmen.

Die Resonanz war besser, als erwartet und beweist, dass die Wut auf die Verursacher von Fremdvergabe und Leiharbeit keineswegs erloschen ist. Das zeigte sich in Dutzenden von 5er-, 10er- und 20er-Scheinen, bis hin zu mehreren 50ern. Natürlich fehlten auch nicht einige wenige dumme Sprüche, wie „selber Schuld“, als hätte die Nachtschicht nicht für alle gestreikt. Die Ausrede „ich hab kein Geld dabei“ lassen wir nicht gelten und erinnern nochmal an unser Konto:

Anja Luers, Berliner Volksbank, IBAN DE67 1009 0000 5650 0040 02, Stichwort „Streikrecht“

Mit dieser Sammlung und den zahlreichen Beiträgen aus anderen Städten, Gewerkschaften und Betrieben ist ein solider Grundstock gelegt, das Verfahren wenn nötig auch bis zum Europäischen Gerichtshof durch zu ziehen.

Und nicht vergessen: Die erste Verhandlung findet in Kürze statt, nämlich am:

**Dienstag, den 16. Februar, um 11.30 Uhr
im Bremer Arbeitsgericht, Am Wall 198**

Um kurz vor 11.00 Uhr gibt es wieder eine kleine Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude, mit zahlreichen Grußadressen aus anderen Betrieben und Gewerkschaften aus dem In- und Ausland.

Übrigens wird es vor mehreren Betrieben, wie z.B. BMW in München und Regensburg am Tag der Verhandlung, also am 16.2., Solidaritätssammlungen geben. Wir stehen also nicht allein. Das sollten sich auch die Verweigerer der IG Metall-Spitze hinter die Ohren schreiben.



Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, H4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 (Tel.6679) und viele andere (Feb. 16)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt

Es geht um's Streikrecht

Gut ein Jahr ist es her, dass die Nachtschicht bei Mercedes in Bremen spontan in den Streik gegangen ist gegen Fremdvergabe, Werkverträge und Leiharbeit. Die Werkleitung hat reagiert: Statt Rücknahme der Fremdvergabe, statt Festeinstellung der Leiharbeits-Kollegen – 761 Abmahnungen.

32 Kollegen haben Klage gegen die Abmahnung eingereicht, doch es geht um wesentlich mehr, als „nur“ um die Abmahnungen: Es geht um das elementare Recht der Arbeiter, im Notfall ihre Arbeitskraft zu verweigern, also zu streiken.

Die IG Metall verweigert die Unterstützung der Streikenden, der Klage und damit auch des Rechtsschutzes für ihre Mitglieder. Der 1. Bevollmächtigte der IGM Bremen nimmt öffentlich in der Presse und auf dem Gewerkschaftstag der IGM gegen den Streik Stellung.

- „Streik ist die falsche Strategie“, sagt er der taz. Es gebe keine arbeitsrechtliche Grundlage, die Einführung von Leiharbeit durch Arbeitskampf zu verhindern“ (taz 3.1.15)
- „... er sei kein Freund „französischer Verhältnisse“ (taz 3.1.15)
- „Der Streik für politische Ziele ist in Deutschland verboten“ (taz 3.1.15)
- „Schon Anfang des Jahres haben die Anwälte der IG Metall die Möglichkeit geprüft, mit Klagen vor dem Arbeitsgericht die Abmahnungen „weg“ zu bekommen. Auch viele andere Anwälte sind leider zu der Auffassung gekommen, dass Abmahnungen auf dem gerichtlichen Weg nicht „weg“ zu bekommen sind.“ (Kopfstütze, Betriebszeitung der IG Metall Bremen für die Beschäftigten der Daimler AG – Mercedes-Benz Bremen, April 2015).
- „Aber auch politisch haben wir als Ortsvorstand ... mit dieser Klage ein Problem. Denn im Gegensatz zu unserem Antrag 2.076 fordert die Klage ein Streikrecht, ein erweitertes Streikrecht ohne Aufruf von Gewerkschaften.“ (Stahmann auf dem 23. Gewerkschaftstag der IGM, Oktober 2015)

Wir sagen

- Das Streikrecht ist elementares Grundrecht, festgelegt im Grundgesetz, sowie im internationalen und europäischen Recht.
- Fremdvergaben in Werkverträge und Leiharbeit sind ein gesellschaftliches Verbrechen. Sie bedrohen nicht nur unsere Existenz, sondern treiben Millionen in die Armut. Hier wird Widerstand zu Pflicht, besonders derer, die heute noch „Stammbeschäftigte“ sind.



Zwei Positionen, die offensichtlich gegeneinander stehen. Deshalb laden wir ein zu einem

**Öffentlichen Streitgespräch am Freitag, 5. Februar, 16.30 Uhr
im Bremer Gewerkschaftshaus (Bahnhofsplatz), Tivolisaal**

Eingeladen sind:

Vertreter der IG Metall (Vorstand, Bezirk und Bremen) auf der einen Seite; die Anwälte der Kläger, Benedikt Hopmann, Reinhold Niernerg, Helmut Platow (alle Berlin) und Gabriele Heinecke (Hamburg) auf der anderen Seite.

Es laden ein:

Die Sprecher der Kläger Harald Heine, Gerhard Kupfer, Thomas Langenbach, Rolf Weichmann (alle Mitglied der IG Metall)

**Kommt auch zur Verhandlung am Dienstag, 16. Februar, 11.30 Uhr!
11.00 Uhr Kundgebung vor dem Arbeitsgericht Bremen (Am Wall 198)**